

# Metzraer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.  
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
 Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wölgling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35  
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf.  
 Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
 Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Kriem.

Nr 155

Mittwoch, den 28. Dezember 1932

45. Jahrgang

## Das Handwerk an der Jahreswende

Von M. Ludwig.

Präsident der Handwerkskammer zu Berlin.

Das Bestreben des Handwerks ist darauf gerichtet, der Handwerkswirtschaft den nötigen Lebensraum im Bereich der Gesamtwirtschaft offenzubehalten. Diesem Ziele dient die Eingliederung des Handwerks in eine berufswirtschaftliche Wirtschaftsordnung, die auf der Grundlage der Gemeinschaftsarbeit zu erneuern ist.

Die wirtschaftliche Organisation kann nur auf der Grundlage der Privatwirtschaft aufgebaut werden. Der Staat hat sich zu beschränken auf die Führung der Gesamtwirtschaft nach außen hin und auf die Sicherung der Grundlage alles wirtschaftlichen Handelns im Innern. Darüber hinaus muß das wirtschaftliche Handeln frei bleiben.

Daraus folgt u. a. auch, daß Eingriffe staatlicher Stellen in die Preisbildung zu unterbleiben haben. Der Preisstand des Handwerks bestimmt fast nach den Löhnen.

Daß die Betriebe der öffentlichen Hand, soweit sie nicht Gas, Wasser und Elektrizität liefern, eingestellt werden müssen, hat hier und da schon mehrere Minister ausgegeben. Das Handwerk wartet auf ihre Beseitigung.

Die Gefängnisarbeit ist eine der schwersten Schädigungen, die dem Handwerk von böswilliger Seite bereitet werden. Schon längst hat man in den Gefängnissen die neuesten Maschinen aufgestellt, um die Gefangenen damit vertraut zu machen. Um Gefängnis zu Halle (Saale) ist eine Stempelfabrik eingelernt worden. Da die Gefängnisarbeit nicht mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet ist, kann sie Vorteile stellen, mit denen naturgemäß das Handwerk nicht konkurrieren kann.

Die vom Handwerk angeforderte Einschränkung der Gewerbetätigkeit wird in der Deffektivität vielfach falsch beurteilt. Die Schädigung der Handwerker durch die Konkurrenz ist unangenehm. Durch ihre nur teilweise Abwendung würden schon Tausende von Handwerkerfamilien, die der Erwerbslosenfrage zum Last fallen, Arbeit erhalten, ebenso die Meister, in deren Verfall sich Arbeitslosigkeit herzt. Es wird ein ausdrückliches Verbot gefordert, die Arbeitgeber sollen selbstständig für die den Arbeitnehmer treffende Sorge haften.

Daß die Beiträge für die Sozialfürsorge der Tragsfähigkeit der Wirtschaft angepaßt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, die aber nicht beachtet werden wird. Die mittleren und unteren Einkommensschichten, zu denen das Handwerk einen großen Teil stellt, sind mit Steuern und sozialen Lasten weit über ihre Tragfähigkeit hinaus belastet.

Die im Juli 1932 eingeführte Schachtelsteuer bringt das Schlachterhandwerk zum Erliegen, ihre Aufhebung liegt auch im Interesse der Käufer, deren Kaufkraft doch beibehalten in der Abnahme begriffen ist.

Die Beitragslasten für die Berufsangehörigen sind zu einer Höhe angewachsen, die in keinem Verhältnis mehr zu den Erträgen der Betriebe steht, wobei ins Gewicht fällt, daß die Verteilung der Lasten vielfach nur noch auf eine geringe Zahl von Betrieben möglich ist.

Es wirkt leistung, daß durch das Sicherungsverfahren für Landwirte der Handwerker keine Rechnungen nicht bezahlt erfolgt, während es bei ihm zur Zwangsablieferung kommt, wenn er Lieferantenschulden oder Steuern nicht bezahlen kann.

Wir haben in unserer Ausstellung von Lehrplänenarbeiten und Gehaltslisten gezeigt, was das Handwerk für die Ausbildung seines Nachwuchses leistet. Diese mühselige Arbeit wird auf die Dauer nicht mehr erfolgreich sein können, wenn der Lehrling vom Tarifvertrag erfaßt wird. Das Lehrverhältnis ist nun einmal ein Erziehungs- und kein Arbeitsverhältnis. Meister, welche entgegengelegte Urteile fällen, sind über die Verhältnisse im Handwerk schlecht unterrichtet.

Für Instandhaltung des Altbausbesitzes, Teilung von Wohnungen und Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen sind bekanntlich 50 Millionen RM zur Verfügung gestellt worden. 80 v. S. der Kosten muß der Hausbesitzer übernehmen. Da der Hausbesitzer in den letzten Jahren keine oder nur eine geringe Rente abgenommen hat, wünscht das Handwerk, das durch die Instandhaltung der Altbauten Arbeit bekommt, die Einbeziehung der Hauszinssteuer in das Steuerzuschneidungsverfahren. Daß die letzten Reste der Hauszinssteuer im Wohnungswesen beibehalten werden müssen, ist ein einseitiger Wunsch des Handwerks.

Es bestehen für öffentliche Ausschreibungen behördliche Vergabestellen, die die Gewohnheit haben, das niedrigste Angebot zu wählen. Das Handwerk wünscht, daß nur solche Betriebe berücksichtigt werden, die für die Erfüllung der Verpflichtungen die nötige Sicherheit bieten, und daß der Zuschlag nur auf das Angebot erteilt wird, das als das wirtschaftlichste erscheint.

Die Erhaltung des gewerblichen Gesellschaftswesens ist für die Anrufelung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Nach dem Statistischen Reichsamt hat die große Menge der Gesellschaften, bei denen 26 v. S. der Mitglieder Handwerker waren, eine bemerkenswerte Krisenfestigkeit bewiesen, während die Großbanken vom Staatestück verfiel.

Die Spitzenvertretung des Handwerks hat an den Reichspräsidenten die dringende Bitte gerichtet, für den gewerblichen Mittelstand eine entsprechende Vertretung im Reichsministerium zu schaffen, damit endlich die bisher

Behörden der beherrschenden Stellen gegenüber dem Handwerk der Beachtung fleißig machen, die der Berufsstand verdient. Die Erfüllung oder Nichterfüllung dieser Bitte wird einen Maßstab abgeben für die Einschätzung der Bedeutung dieser wichtigen Forderung, die den Puffer zwischen Großkapital und Arbeitnehmerschaft bildet.

## Kommende Kampftage

Reichstag schon am 11. Januar?

Berlin, 28. Dezember.

Die Frage, wie die Aussichten für die Januar-Tagung des Reichstages liegen, hat die kommunistische politische Besprechung auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstagesamts am 4. Januar, nachmittags 4 Uhr, sehr lebhaft in Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstagsplenums. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß jetzt auch die Nationalsozialisten den Wunsch äußern, den Reichstag früher tagen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien, nachdem die Reichsregierung erklärt hatte, sie könne vor Mitte Januar die gewünschten Einkünfte über die Kaufkraft des Reichs und über den Etat für 1933 dem Haushaltsausschuß des Reichstages nicht geben.

Als Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstages nannte man in parlamentarischen Kreisen Mittwoch, den 11. Januar. Es heißt auch, daß die Reichsregierung einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, wobei hervorgehoben wird, daß es um so besser sei, je schneller eine Klärung der politischen Haltung des Reichstages gegenüber dem Kabinett von Schleicher erfolge.

Man kann damit rechnen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, die politische Aussprache im Reichstagsplenum mit anschließender Abstimmung über die Abwesenheit sofort bei Wiederöffnung der Plenarsitzungen stattfinden zu lassen. Für das Weiterbestehen des Reichstages in seiner jetzigen Zusammensetzung dürfte dabei maßgebend sein, ob die Nationalsozialisten durch positive Zustimmung zu den Ministeranträgen die Mehrheit gegen Schleicher schon in der Januar-Tagung ermöglichen, oder ob sie es für angezeigt halten, zunächst der Stimme zu enthalten bzw. sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

## Erschwerte Einfuhr

Einfuhrbewilligungen für Schweinefleisch und Papierholz.

Berlin, 28. Dezember.

Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsministers wird ab 1. Januar 1933 die Einfuhr von Schweinefleisch und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt.

Einfuhrbewilligungen erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung. Für Schweinefleisch gilt das Bewilligungsverfahren, das einer übertriebenen Vereinfachung entgegen wirken soll, nur bis zum 15. Februar 1933, dem Tage des Auftritts des vertraglichen Bindung des Schweinefleischzollens.

Bei der Stellung der Anträge auf Erteilung einer Einfuhrbewilligung ist folgendes zu beachten:

1. Schmalz: Die antragstellenden Firmen müssen den Nachweis erbringen, welche Mengen Schmalz sie in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1932 eingeführt haben. Zweckmäßigerweise wird dieser Nachweis durch Vorlage der Zollquittungen erbracht werden.

2. Für Papierholz: Bei der Stellung des Antrages ist nachzuweisen, daß der Antragsteller das einzuführende Papierholz selbst verarbeiten will, daß er bereits im Jahre 1932 ausländisches Papierholz verarbeitet hat, und daß er zur Aufrechterhaltung seines Betriebes nachweislich auch in Zukunft auf bestimmte Mengen ausländischen Papierholzes angewiesen ist.

Die Einfuhrregelung für Papierholz soll den Abzug des deutschen Papierholzes sicherstellen; andererseits wird das Bewilligungsverfahren so gehandhabt werden, daß den Papierholz verarbeitenden Industrien, soweit sie auf den Bezug ausländischen Papierholzes wirklich angewiesen sind, die Befriedigung ihres Einfuhrbedarfes ermöglicht wird.

## Holland wünscht Verhandlungen

Ablauf des deutsch-holländischen Handelsvertrages am 31. Dezember.

Haag, 27. Dezember.

Die halbamtlich verläutet, hat die niederländische Regierung der deutschen Regierung den Vorschlag unterbreitet, möglichst umgehend in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrages einzutreten, der an die Stelle der am 31. Dezember dieses Jahres ablaufenden Zollbestimmungen des deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrages von 1925 treten soll.

Die deutsche Regierung hat hierauf eine zustimmende Antwort erteilt und mitgeteilt, daß solche Verhandlungen bereits am 1. Januar beginnen könnten. Eine gleichzeitig von der niederländischen Regierung ausgegangene Anregung, während der Dauer der Verhandlungen die bisher bestehenden Zollvereinbarungen provisorisch fortzuauern zu lassen, ist jedoch von der deutschen Regierung

mit der Begründung abgelehnt worden, daß hiergegen auf deutscher Seite starke Bedenken beständen. Infolgedessen werden am 1. Januar für eine größere Anzahl holländischer Produkte in Deutschland höhere Einfuhrzölle in Kraft treten.

## Einfuhrdrofetzung für Rundholz und Schmalz

Berlin, 27. Dezember.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht unter dem 24. Dezember eine vom Reichsernährungsminister und vom Reichswirtschaftsminister unterzeichnete Verordnung, wonach mit Wirkung vom 1. Januar 1933 die Einfuhr von Rundholz und von Schmalz von Schweinen nur mit Bewilligung gestattet ist.

Ab 16. Februar 1933 wird Schweinefleisch in dem Vergleichnis für Waren, deren Einfuhr nur mit Bewilligung gestattet ist, wieder gelistet.

## Preiszusammenbruch am Buttermarkt

Wegen des dringlichen in- und ausländischen Butterangebots mußte die Butternotierung am 24. Dezember um 10 RM pro 50 Kg. heruntergesetzt werden. Eine Preisfestsetzung wäre auf Grund der mäßigen Absatzverhältnisse schon früher notwendig gewesen, man hatte aber, in der Hoffnung auf eine Gefährtsbelebung vor den Feiertagen, davon abgesehen. Nachdem sich jetzt aber das Feiertagsgeschäft außerordentlich enttäuschend gestaltet hat, und vor allem ein sehr harter Preisrückgang durch das Angebot von Auslandsbutter ausgeübt wird, war die Preisfestsetzung nicht mehr zu vermeiden.

## Sperre für Einheitspreisgeschäfte

Auf alle Städte ausgedehnt.

Berlin, 27. Dezember.

In der nächsten Nummer des Reichsanzeigers wird eine Verordnung veröffentlicht, die unter Abänderung der Bestimmungen des Dritten Teiles der Notverordnung vom 9. März 1932 die bisher nur für Städte mit weniger als 100 000 Einwohner geltende Sperre der Errichtung von Einheitspreisgeschäften auf alle Städte ausdehnt. Damit gilt in Deutschland das Verbot der Errichtung von Einheitspreisgeschäften ohne räumliche Einschränkung bis 1. April 1934.

Zur Ausdehnung der Sperre hat die Feststellung geführt, daß seit Erlass der Notverordnung vom 9. März 1932 in den von der dort angeordneten Sperre nicht betroffenen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sich die Klagen des gewerblichen Mittelstandes über den Wettbewerb der Einheitspreisgeschäfte erheblich vermehrt haben. Diese Klagen haben dazu geführt, daß von der großen Mehrheit der Regierungen der Länder eine Ausdehnung der Sperre für Einheitspreisgeschäfte schließlich als vordringlich bezeichnet worden ist.

## Keine politischen Gründe

Die Personalveränderungen in der Schulverwaltung.

Berlin, 28. Dezember.

In der Presse wurde in großer Aufmachung über die geplanten Personalveränderungen in der Schulverwaltung berichtet und behauptet, daß diese Veränderungen sich einzig und allein gegen die sozialdemokratischen Beamten richten.

Aus Kreisen der kommunistischen preussischen Staatsregierung wird dazu erklärt, daß es sich bei den Maßnahmen in der Schulverwaltung lediglich um solche handelt, die durch die Verordnung über die Vereinfachung der Mittelinstanzen notwendig geworden sind, vor allem um die Unterstellung der Provinzialschulkollegien unter die Oberpräsidenten. Die Personalveränderungen richten sich keinesfalls aus politischen Gründen gegen sozialdemokratische Beamte. Es wird auch eine ganze Reihe Beamte abgebannt, die nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, ebenso wie sozialdemokratische Beamte im Amte bleiben.

Unrichtig sind ferner die Behauptungen, daß die betroffenen Beamten nach ihrer Beurteilung von drei Monaten fristlos entlassen werden sollen. Die Beamten erhalten im Gegenteil die ordnungsgemäßen Uebergangsgeldern.

## Der Konflikt um Cohn

Der Breslauer Professor Cohn, gegen den kürzlich Rektor und Senat der Breslauer Universität in einer Veröffentlichung Stellung genommen hatten, ist noch vor den Feiertagen auf eigenen Wunsch vom Reichskommissar für das preussische Kultusministerium, Professor Rähler, zur Berichterstattung empfangen worden.

Der Reichskommissar hat im Anschluß an diese Berichterstattung den Rektor der Universität Breslau, den Dekan und den Dekan der juristischen Fakultät nach Berlin gebeten, um ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit kennen zu lernen. Diese Besprechung wird voraussichtlich noch in den Universitäts-Feiertagsferien, und zwar in der ersten Januarwoche, stattfinden.

## Schiedsstelle für Beamten

Unterbringung der für entbehrlich erklärten Beamten.

Berlin, 28. Dezember.

Auf Grund der Verordnung vom 1. August wurden der Präsident der preussischen Bau- und Finanzdirektion

Moskate in Berlin zum Vorliegenden der Schiedsstelle für die Unterbringung der ihr entsehrlich erklärten Beamten in den Kantoren sowie der Landrat von Moskau in die Kantoren und der Direktor und Beigeordnete A. D. Bräuer in Eisenbüchse zu Berlin der Schiedsstelle be stellt. Zum Stellvertreter für den erigamenten Beigeord neten Beigeordneten Bitter in Berlin, zu Stellvertretern des legatimantenen Beigeordneten sind der Kreisaußwärtiger Direktor Bräuer in Halle, sowie der Kreisaußwärtiger Feld wesen in Genthin bestellt worden.

## Angst vor dem Anschluß

### Debatte um die österreichische Anleihe.

Paris, 28. Dezember.  
Die Entscheidung über die Bewilligung des französischen An teils an der neuen österreichischen Anleihe scheint nicht so glatt zu laufen, wie man ursprünglich dachte. Der Finanz aus schuß der Kammer hat die Entscheidung vertagt. Finanzminister Cléron hat beiseitenerweise vor dem An schluß erklärt, daß es sich dabei um eine politische, das heißt außenpolitische Transaktion handle, die den Finan zminister nicht übermäßig interessiere.

Im übrigen hat die rechtslebende Presse schon seit eini gen Tagen einen Feldzug gegen die Bewilligung der fran zösischen Anleihe geführt, und aus dem Reichstag ist ein „Journal“ und im „Echo de Paris“ man man schließen, daß die Aussprache im Plenum, die vor dem 31. Dezember erfolgen würde, interessant zu werden verspricht.

Die Dolemik der rechtslebenden Blätter stützt sich in der Hauptsache wieder auf das Anschlußargument. Am deut lichsten ist in dieser Beziehung das nationalistische „Ode“, das schreibt: Sogar die Folge des Geld vorziehen, die es auf unsere Vernichtung und die unserer osteuropäischen Ver bündeten abgeben haben?

Das linksstehende „Deure“ wendet sich ebenfalls gegen die Bewilligung, wenn auch hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen mit Rücksicht auf die Schuldenverhandlungen mit Amerika. Die linksistische Kammerfraktion hatte dem erweiterten Vorstand der Partei die Frage unterbreitet, ob sie für das von der Regierung angeforderte Haushaltszweckmittel und auch für den Vorkriegszins zu gemäßen neuen Kredit in Höhe von einhundert Millionen Schilling stimmen solle. Der erweiterte Parteivorstand hat sich nach längerer Beratung mit 15 gegen 6 Stimmen dafür ausgesprochen, daß er der Kammerfraktion, die für ihre Haltung selbst die Verantwortung vor der Partei übernehmen müsse, nicht vorzuziehen könne, wie sie stimmen soll. Man rechnet all gemein damit, daß sich die Kammerfraktion für die Regie rungslösung aussprechen wird.

## Frankreichs Finanzlage

### Cléron will keinen Tisch machen.

Paris, 28. Dezember.  
Die französische Kammer begann die Aussprache über die Regierungsvorlage betr. der Bewilligung des Budgetzweckmittel und Ausgabe weiterer 5 Milliarden Schuldbonds zur Deckung der dringlichsten Anforderungen. Der Generalbe richterstatter Cléron eröffnete die Aussprache mit dem An spreche, daß die Kammerfraktion, die für ihre Haltung selbst die Verantwortung vor der Partei übernehmen müsse, nicht vorzuziehen könne, wie sie stimmen soll. Man rechnet all gemein damit, daß sich die Kammerfraktion für die Regie rungslösung aussprechen wird.

Die Generaldebatte wurde hiermit geschlossen und die Einzel beratung vertagt.

## Sicherheit durch Abrüstung

### Die Unterredung Roosevelt—Norman Davis.

Newport, 28. Dezember.  
Gouverneur Roosevelt und Norman Davis erörterten die Abrüstungsfrage, die Weltwirtschaftskonferenz und die Probleme der Tarifänderung, der Währungsstabilisierung und der Aufzuehung des Selbsters. Norman Davis erklärte nach Beendigung der Besprechung:

Wir brauchen Abrüstung, um das Vertrauen wiederher zu stellen, denn Vertrauen bedeutet Kreditgewährung, und Kredit ist die treibende Kraft des Handels. Er erklärte ferner, die Weltwirtschaftskonferenz werde bei ihrem Zusammenkunft Anfang nächsten Sommers nur dann wirkliche Arbeit leisten können, wenn sich die Hauptmächte über ihr Vorgehen geeinigt haben.

Roosevelt soll die These vertreten haben, das Gefühl der Sicherheit zwischen den Nationen werde in genau dem Maße zunehmen, in dem die Zahl der Kriegsver jänge vermindert werde.

Er habe in diesem Zusammenhang an eine Bemerkung Clemenceaus in Versailles erinnert, daß Frankreich sicher sein werde, sobald die Gewähr besthe, daß es mit Deutsch land keinen Krieg haben werde. Davis soll erwidert haben, daß er eine günstige Wendung in der Haltung der fran zösischen Politik gegenüber Deutschland wahrgenommen habe. Hinzugefügt habe er, daß er glaube, daß trotz des japani schen und französischen Widerstandes eine Abschaffung der U-Boote möglich sein werde.

Schließlich sei Davis noch für eine französisch-italienische Flottenvereinbarung entsprechend dem Londoner Vertrag, für die Abschaffung von Bombenflugzeugen, Giftgas und beweglicher schwerer Artillerie sowie für das Verbot von Bombenangriffen eingetreten.

## Deutsche Tageschau

### Reichsfinanzausweis vom 23. Dezember.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Dezember 1932 hat sich in der verflochtenen Sachmode die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 102,6 Millionen auf 289,3 Millionen RM verringert. Die Reichsbanknoten und Rentenobligationen zuzunehmen sind 30,5 Millio nen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgeführt, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 29,2 Millionen auf 3371,2 Millionen RM, derjenige an Rentenobligationen um 1,3 Millionen auf 398,3 Millionen RM verringert. Die fremden Wechsel zeigen um 289,3 Millionen RM eine Zunahme um 22,2 Millionen RM. Die Bestände an Gold und bedungensfähigen Devisen haben sich um 1,5 Millionen auf 917,6 Millionen RM erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungensfähige Devisen betrug am 23. Dezember 27,2 o. h. gegen 26,9 o. h. am Ende der Vorwoche.

## Alarmgerüchte über den Rücktritt Brauns.

In den letzten Tagen ist die Behauptung aufgekommen, es sei auch innerhalb des Kabinetts von Schleicher zu gelpolitischen Differenzen zwischen dem Reichsdrängungsminister Freiherrn von Brauns und dem Reichswirtschaftsminister Professor Altmann gekommen. Es wird zwar, der Reichsdrängungsminister habe jetzt einen längeren Urlaub angetreten, von dem er in sein Amt nicht zurückkehren werde. Demgegenüber wird mitgeteilt, daß die Rücktrittsgerüchte um den Reichsdrängungsminister nicht den Tatsachen entsprächen.

## Auslands-Rundschau

### Waffenbeschlagnahme in Rotterdam.

Von der Polizei sind in den letzten Wochen in mehreren Privatwohnungen und Geschäftsbüroen in Rotterdam Waffenbeschlagnahme genommen, die im Einzelnen aus 25 bis 100 Revolvern und dazugehöriger Munition bestanden. Alle diese Sendungen kamen aus Belgien und sollten, wie die Polizei annimmt, nach Deutschland geschmuggelt werden.

### Zahlungsübersicht für jugoslawische Banken.

Eine im letzten Monatsblatt veröffentlichte Berichterstattung des Ministeriums ermächtigt Banken mit aktiver Zahlungsbilanz, die vorübergehend mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, Auszahlungen auf Sparkonten und für laufende Rechnung einzuführen. Die Berichterstattung wird ein Jahr lang in Kraft bleiben.

### Die Kämpfe im Gran Chaco beginnen wieder.

Nach einer Werbung aus Maricao haben sofort nach Beendi gung des 24tägigen Weihnachts-Konfliktstilles zwischen Bolivien und Paraguay die Kämpfe wieder eingesetzt. An der Gegend von Corales wird ein Generalangriff der bolivianischen Streitkräfte erwartet.

### Goldbarrenabnahme in Sibirien.

Dem Vernehmen nach hat die sibirianische Regierung be schlossen, sich besondere Vorkaution zum Erlaß eines Ausnahme gesetzes geben zu lassen, das sie ermächtigt, die Wahrung auf Goldbarren zu gründen und die Goldmine aus dem Verkehr zu ziehen, damit das Gold nicht mehr exportiert noch gehandelt werden kann. An eine Aufgabe der Goldwahrung denkt die sibi rianische Regierung nicht.

### Kleine politische Meinungen

Dr. Küll im Reichswirtschaftsrat. An Stelle des Oberbürgermei ster A. Dr. Küll ist Oberbürgermeister Dr. Küll-Dresden als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats einberufen worden.

Mellon zieht sich ins Privatleben zurück. Der amerikanische Volkshalter in London, Mellon, hat erklärt, daß er sich nach dem 4. März 1933 ins Privatleben zurückziehen wird.

Dr. Ren zum Volkshalter in Moskau ernannt. Der Führer der sibirianischen Delegation in Genf, Dr. Ren, ist zum Volkshalter in Moskau ernannt worden.

108 Anmeldeverfahren in Mairieting. In Würzburg wurden auf Grund der Reichsdruckgesetzgebung 108 Strafverfahren aus den Landesstraßeninstanzen entfallen.

## Aus der Umgegend

Neuba, 28. Dezember.

### Nach dem Feß

Wochen hindurch hatten wir Vorbereitungen für Weih nachten getroffen, Besorgungen gemacht, die Kinder hatten hinter verschlossenen Türen Weihnachtarbeiten angefertigt, und vor allem die Hausfrauen hatten alle Hände voll zu tun, um für die ganze Familie das Feß so schön wie nur möglich zu gestalten. Auf ihren Schultern ruhte die Hauptlast. Denn am der festliche Abend mit der Besorgung unter dem frohen Lichterbaum, mit all seinen frohen Heberladungen und dem Jubel der Kinder über die erhaltenen Geschenke, der die Eltern ebenso beglückte wie diese selbst. Auch die beiden Feiertage waren noch voller Heber, denn man empfing Besuch oder man auf feß zu Gast. Nun ist das schöne Feß vorbei, und wie schnell ist es vergangen, wie alle schönen, frohen Stunden aus feß zu kurz erschienen und viel zu schnell entwichen. Zwar die Weihnachtsstimmung hält noch an. Bis zum Neujahr sieht man noch all überall die brennenden Heberäume, und vereinzelt finden noch Weihnachtsfeierlichkeiten von Vereinen und Organisationen statt. Aber der Höhepunkt des feßes ist vorüber, und all mählich tritt der Alltag wieder in seine Rechte. Die weihnachtlichen Dekorationen verschwinden aus den Schaufenstern der Geschäfte, ebenso die kleinen grünen duftenden Heber der Tannen auf Straßen und Plätze, und die Straßen zeigen wieder das gewohnte Bild. Nur die Kinder sind noch ganz befangen vom Zauber der Weihnacht. Sie können sich erst jetzt, nachdem die Feiertage mit ihren vielfachen Abenteuern vorüber sind, mit ungeliebtet Eifer ihren neuen Spiel sachen widmen, die nun einmal gang in aller Ruhe ausprobiert und in und ausgenutzt auf das genaueste unter sucht werden müssen. Ihre Augen strahlen, und die Wangen sind gerötet im Eifer des Spiels, das ihnen noch volle Wirklichkeit ist. Aber auch so mancher Vater und manche Mutter müssen hilfsreich mit eingreifen, wenn sich bei all dem neuen Dingen im Anfang mangelhafte Schwierigkeiten er geben, wenn die Damptmaschine oder der Puppenherd zerfällt. Zuge eingesehen oder das mit dem herrlichen Kaufmann er geführte Wunderwerk immer wieder prafsend zusam menstürzt. So vieles gibt es da zu tun, auch manden kleinen Streik zu schicken, der irgend einmal entbrennt. Wenn sind aber die Eltern zu jeder Hilfe bereit, sie sich doch selbst wieder in die glücklichen Jahre ihrer eigenen Kindheit zu rückversetzt und werden wieder zu frohlich spielenden großen Kindern.

Weihnachtsveranstaltungen. Wie alljährlich, gab es auch diesmal während der Weihnachtstage Unterhaltung und Zerstreuung aller Art. Im Vorbergebenden fanden die Veranstaltungen der Vereine. Der Kriegerverein bot am 1. Feiertag einen Theatervorstellung im Schützenhaus. Zahl reich war man der Einladung gefolgt, um mit den Kameraden des Kriegervereins im weihnachtlich geschmückten Saal den Dar stellungen zu folgen. Vor fünf einmal einem Theatervorstellung des Kriegervereins beigemacht hat, weiß, daß eine Anzahl außer bestaunlich. Theatervorstellung zur Verfügung steht. So war auch diesmal wieder Vorlage getroffen, Mitglieder und Gästen die Stunden des Beieinanderseins angenehm zu ge stalten. Der reiche Beifall für das Gebotene ist allen Mit wirkenden Dank für die aufwendende Mühe. Der Abend reißt sich würdig an die bisherigen Erfolge des Kriegervereins an. Der dritte Feiertag gehörte dem Turnverein, auch dieser Abend war ein voller Erfolg. Wie auf den letzten Platz war der Schützenhaus voll besetzt. Der erste Teil des Programms brachte turnerische Vorführungen am Barren und zeigte, daß ein Verein der alte Turngeist lebendig ist. Die einzelnen

Lebungen und vor allem die Pyramiden waren ausgezeichnete Leistungen. Der zweite Teil brachte ein drohliches Kuppel spiel, das in drei Akten hüben die Beileiter erwiderte. Auch hier waren Mitglieder am Werk, deren Leistungen über die besten können hinausgehen. So sparten die Besucher denn auch nicht mit ihrem Beifall und gaben damit ihrer Anerkennung und Zufriedenheit Ausdruck. Ein flottes Tänzen hielt Gäste und Mitglieder noch einige Stunden in froher Laune zusammen. Auch dieser Abend war ein voller Erfolg. — Auch sonst hatten die Feiertage Abwechslung in reicher Fülle. Das milde Wetter lud zu Spaziergängen in die Umgebung ein, die Umgebung hü digte dem Tanz, was reichlich Gelegenheit geboten wurde. Die Männerwelt fand sich am Stammtisch oder betriebl ich die Zeit gut. Zum Preisfall in der „Sorge“ hatten sich fünf Tischdecken zusammengewunden, die eifrig um die Sieges gelasse kämpften. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, es müssen noch einige Serien gespielt werden. — So brachten wohl die Feiertage für jeden etwas, das die Sorgen des Alltags auf einige Zeit vergessen ließ; mit neuer Kraft geht es nun wieder an die Arbeit. — Wie das Weihnachtsfest jedem eine leise Hoffnung auf baldige Besserung der schweren wirtschaftlichen Lage unserer Volkes und Vaterlandes mit auf den Weg ge geben haben.

Die Gedächtnisfeier des Reichs im November. Die Gedächtnisfeier des Reichs im November 1932 betrug nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik 17 632 Toten gegen 19 193 Tote im Vormonat und 14 795 im Monatsdurchschnitt 1931. Die Zahl der angelegten Arbeiter betrug Ende des Monats 1761 gegen 1682 am Ende des Vormonats.

Wiese. (Zum Dr. med. vet. promoviert) Der Familie unseres verehrten Herrn Dr. med. vet. Hans Wegner, der Beige ordener des Kreisamtes in Eilenburg, wurde eine besondere Weihnachtsfeier anstellt, indem der Junior, Herr Hel mut Wegner, am 21. Dezember an der Universität Leipzig zum Dr. med. vet. promoviert wurde.

Wittich. Als der hat dem bis hien Ministerialrat für die Justizamtmanne Wegne am Donnerstag früh nicht zum Dienst erschienen und auch die Fernschreiben an seiner Behausung bis weit in die Vormittagsstunden hinein ungeöffnet blieben, wurde die Wohnung mit Hilfe der Polizei geöffnet. Hier fand man in einem der Wohnräume den Justizamtmanne Wegne neben seiner Ehefrau tot auf. Die Todesursache konnte nicht ein wandfrei festgestellt werden, ebenso nicht, ob beide freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Man nimmt an, daß ausströmende Kohlenoxide den Tod verursacht haben können. Justizamtmanne Wegne war hier am Ort, wobei in der ganzen Umgegend eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit.

Sangerhausen. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen anderweitiger Verbringung mit elektrischem Strom sind in ein entscheidendes Stadium getreten. Nachdem die Stadt schon vor Monaten mit dem Vorschlag eines eigenen Elektrizitätswerkes vor die Stadterordneten getreten war, erließ sie jetzt eine öffent liche Erklärung an die Bürgerchaft, in der die Auf gefordert wird, mit dem sechsen Stromlieferanten, dem Magistrate über die Übernahmeverhältnisse zu verhandeln. Juni 1933 hinaus abschließen, an dem der Vertrag der Stadt mit dem Ueberlandwerk Breleben abzläuft. Der Magistrat wird nach dieser Zeit die elektrische Energie ihren Abnehmern selbst liefern, und den Gewinn in der Stadt zu behalten. Die Frage, ob zu diesem Zweck ein eigenes Elektrizitätswerk errichtet wird, oder ob mit dem Ueberlandwerk Breleben ein wesentlich vorteilhafterer Vertrag als der jetzige in Form eines fünfjährigen Groß abnehmervertrages zustande kommt, ist hierbei noch nicht entschieden.

Wonna (Kreis Sangerhausen). Durch die Glätte der Straße am 1. und 2. Dezember ein Feuerläufer Ver stückungen aus Wonna und führt in eine Gasfahnde. Zwei Tiere wurden getötet, drei schwer verletzt.

Malmerswende. Ein Elbwehr fährt sich der Geburts tag des 1777 hier geborenen bekannten Ballendichters Gottfried August Bürger.

Rosla (Harz). Die Hoffnungen auf eine Wiedererrichtung der vor zwei Jahren stillgelegten Zunderfabrik müssen jetzt endgültig begraben werden. Vor einigen Tagen ist eine große Zahl Maschinen abmontiert und nach Magdeburg verfrachtet worden. Die älteren Maschinen, deren Zahl wohl sollen einzeln abgehört werden. Die Zunder fabrik beschäftigte vor einigen Jahren noch Hunderte von Arbeitern aus Rosla und der näheren Umgebung.

Naumburg. 137 Haftentlassungen erfolgen bis zum Heiligen Abend im Bereich des Strafvolkzugesamtes im Oberlandgerichtsbezirk Naumburg.

Naumburg. Aus Wat ist ein durchreisender Maler die große Schaufensterische eines Schaufelrenge schäftes ein. Er war mit wertvollen Schuppen in der Hoff nung zum Wohlfahrtsamt gekommen, ein Paar neue zu erhalten, ist sich aber in seiner Erwartung getäuscht.

Merseburg. Die Dienststrafkammer verhandelte gegen einen Gemeindevorsteher und Kreisaußwärtigen aus Wittenberg, Gerbersfeld, Schillbau, Merseburg und Ustleben. Die Betroffenen sind Angehörige der NSD und haben im Jahre 1929 zum Steuerkreis auf gefordert. Die Dienststrafkammer beurteilte sie zur Enthebung von ihren Ämtern.

Ferner wurde gegen einen Polizeibetriebsassistenten aus Delitzsch verhandelt, dessen Entfernung nach dem Tode von der Dienststrafkammer beauftragt wurde.

Bad Dürrenberg. Einem Vergiftungsversuch erlag ein Kranke in Merseburg ein Mann, der an einem Würstchenstahl in einer Fleischerei beteiligt war. Er hatte nach seiner Verhaftung Gift zu sich genommen.

Gerbicht. In Klewitz bei Gerbicht wollte der Sattlermeister Elmura die 5jährige Tochter des Invaliden Noia säugigen. Als das Kind fortließ, ergiff er einen halben Meerkohl und warf damit nach der Kleinen, die den Meerkohl in den Mund steckte, daß es in Gerbicht Krankenhaus gelandet ist.

Erfurt. Ein Handtaschenräuber konnte am Abend des ersten Feiertages ergriffen werden. Er hatte einer älteren Dame die Handtasche entrisen, wurde von Passanten gefasst, aber nicht festgenommen, weil die Be raubte von einer Verlopfung nichts wissen wollte. Da die Polizei der Verhaftung ist, daß es sich bei dem Täter um einen Mann mit dem gleichen Namen handelt, der die Woche zuvor bei einem Handtaschenraub eine Frau nieder geschlagen hat, wird um die Angabe etwaniger Einzelheiten gebeten.



### Großfeuer in Baden

Zwei Wohnhäuser und acht Scheunen verbrannt.

Mosbad, 28. Dezember.  
In Sindelsheim brach in einer Scheune Feuer aus, das rasch auf sieben weitere Scheunen und zwei Wohnhäuser übergriff und alle Gebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Die gefallenen Entwässerer sowie die landwirtschaftlichen Maschinen sind mit verbrannt, dagegen konnte das Vieh gerettet werden. Der Schaden ist sehr groß. Die Brandurkunde ist unbestimmt.

### Sieben Geschwiter verbrannt

Birmingham, 27. Dezember. Bei einem nächsten Brand kamen sieben Kinder einer Familie in den Flammen um. Die Eltern und das jüngste Kind erlitten schwere Brandverletzungen und wurden in ein Krankenhaus übergeführt. Drei Feuerwehreinheiten wurden ebenfalls verletzt.

### Im Bett verbrannt

Flammenlod eines Ehepaars.  
Nemel, 28. Dezember.  
Ein furchtbares Brandunglück ereignete sich in Nemel in der Wohnung des Ehepaars Bartowitz. Die Eheleute hatten wohl nachts beim Schlafen gehen im Bett geirrt. Dabei muß die Bettdecke Feuer gefangen haben. Als die von Nachbarn alarmierte Feuerwehr erschien, schlugen die Flammen bereits aus den Fenstern heraus. Beim Eindringen in die Wohnung fand man das Ehepaar von den Flammen bis zur Unkenntlichkeit verkohlt an.

### Anschlag gegen einen Amnestierten

Nächtlicher Feuerüberfall in Bolkop. — Ein Toter.  
Bolkop, 28. Dezember.  
In einem Hause der Ziegelstraße in Bolkop ereignete sich in der Nacht eine schlimme Unfälle. Der Bergmann Hermann Colata, ein Anhänger der NSDAP, der wegen einer Schießerei in Unterjagdhaft gelassen hatte, aber auf Grund der Amnestie zu Weihnachten freigelassen worden war, wollte bei seinem Schwager Szejolatz zur Weihnachtsfeier. Pünktlich wurde an das Fenster des Wohnzimmers geklopft, worauf Szejolatz sich hinaus begab. Als er die Haustür öffnete, wurde er mit sieben bis acht Schüssen empfangen, die ihn tödlich verletzten. Als die Angehörigen auf die Schüsse hin auf die Straße eilten, war von den Tätern niemand mehr zu sehen. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Racheakt gegen Colata handelte. Bis jetzt wurden zwei Personen, die der KPD angehören, als der Mittäterschaft verdächtig festgenommen.

### Feuerüberfall auf Arbeiterportier.

In Berlin-Charlottenburg wurde ein Feuerüberfall ausgeführt. Ein Latzkrankenwagen befand sich auf der Rückfahrt von Obersaalde nach Braunshweig. Auf ihm lagen 48 Angehörige des Arbeiter-Sportvereins Friede, die von einem Wettspiel in Obersaalde heimkehrten. Als sich das Auto an einer Straßenecke befand, wurden plötzlich aus der Dunkelheit mehrere Schüsse auf die Insassen abgegeben. Der 26jährige Herman Dirrtopf und der 16jährige Gehrling Walter Brandt, beide aus Braunshweig, erhielten Innerenverletzungen, der 41jährige Kraftwagenführer und Besitzer des Wagens Karl Thiele, ebenfalls aus Braunshweig, einen Brustschuß-Brechstich.

### Erleichterung für Kriegsbeschädigte

Berlin, 27. Dezember.  
Durch Erlass vom 24. Dezember hat der Reichsarbeitsminister auf Antrag des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer sowie des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen angeordnet, daß für die Kriegserhinterbliebenen von Personen, denen nach den Reichsgrundgesetzen über Vorauszahlung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge gebührende Fürsorge zusteht, nicht der Nachlass der allgemeinen Fürsorge, sondern der der gegebenen Fürsorge obere Grenze im Rahmen der Höhe der Arbeitslosenversicherung sein soll. Der Erlass tritt mit Wirkung vom 9. Januar 1933 in Kraft.

### Brotal im Untersuchungsgefängnis

Wegen Fluchtgefahr verhaftet.  
Berlin, 28. Dezember.  
Der Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft Fritz Brotal war zur verantwortlichen Vernehmung vor den Untersuchungsrichter des Landgerichts III in Berlin geladen. Da er bei dieser Vernehmung die gegen ihn vorliegenden dringenden Verdachtsgründe des Weineides nicht entkräften konnte und Fluchtgefahr besteht, erließ der Untersuchungsrichter entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn. Brotal wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

### 4800 Amnestierte entlassen

Berlin, 27. Dezember.  
Auf Grund der Amnestie sind in Preußen, bis das preussische Justizministerium mittelt, bis zum Sonnabend, den 24. Dezember, vormittags, über 4800 Gefangene aus der Haft entlassen worden, und zwar im Bereich des Strafvollzugsamts für den Kammerbezirk 742, für die Oberlandesgerichtsbezirke: Königsberg 327, Marienwerder 169, Stettin 202, Breslau 659, Celle 391, Kiel 252, Hamm 685, Düsseldorf 425, Köln 301, Frankfurt a. M. 189, Nürnberg 434, Rastatt 46.

Weihnachtsamnestie in Ungarn.  
Der Reichsverweser hat anlässlich der Weihnachtsfeierlage 151 Beurteilte amnestiert.

### Verhaftung im Fall Hentfich

Dresden, 28. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Auffindung der Leiche des SA-Gruppenführers, des 28 Jahre alten Schölersers Herbert Hentfich aus Dresden, in der Talperle-Walder, ist nunmehr auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der SA-Mann Willi Bormann aus Tharandt festgenommen und in das Amtsgerichtsgefängnis Freital eingeliefert worden. Bormann soll dem SA-Sturmführer Rudolf Schent zur Flucht verholfen haben.

Schent hatte Hentfich am 4. November spät abends an eine bestimmte Stelle beordert, um ihm einen Sonderauftrag zu erteilen. Seit dieser Zeit war Hentfich verschwunden.

### Schüsse in Notwehr

NSDAP-Arzt von Polizeioffizier niedergeschossen.  
Berlin, 25. Dezember.  
Bei einem Streit in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin gab ein Polizeioffizier in der Notwehr zwei Schüsse auf den Gruppenarzt Dr. Fritz Döpner ab, der schwer verletzt zusammenbrach.

Der Polizeibeamte war nachts von mehreren uniformierten Nationalsozialisten gebeten worden, in dem Lokal, in dem es zwischen einigen NSDAP-Mitgliedern zu einer Schlägerei gekommen war, die Ruhe wiederherzustellen. Er ließ aber bei den anwesenden Gästen auf Widerstand, so daß er zuletzt mit Zwangsmaßnahmen drohen mußte. Der 31jährige Gruppenarzt Dr. Fritz Döpner, der auf Erläuterung eines Verlehten festgesetzt werden sollte, widersetzte sich besonders lebhaft. Da er sich nicht ausweichen konnte, erging die Aufforderung an ihn, auf die Polizeiwache zu folgen. Jetzt zog Döpner plötzlich eine Pistole und richtete sie auf den Offizier. Als auch das Zureden seiner SA-Kameraden vergeblich blieb, die sich bemühten, Döpner von seinem Widerstand abzurufen, gab der Polizeioffizier aus seiner Dienstpistole zwei Schüsse auf Döpners Kopf ab. Döpner schoß darauf mehrmals nach dem Polizeioffizier, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, worauf der Beamte in Notwehr zwei Schüsse auf Döpner abgab, die ihm lebensgefährlich machten.

### Wieder ein Spionagedeß

Paris, 27. Dezember.  
Die nationalitische „Liberte“ hatte aus Paris die Nachricht gebracht, eine Brinzessin Sohenlohe sei wegen Spionage verhaftet worden. Wie die Sicherheitspolizei ausdrücklich erklärt, sei keine Untersuchung irgendwelcher Art gegen die Brinzessin eingeleitet. Damit werden alle an die Meldung geknüpften Kombinationen hinfällig.

### General Berenguer erkrankt

Madrid, 27. Dezember.  
Die spanische Regierung hat die vorläufige Haftentlassung des Generals Berenguer angeordnet, der erkrankt ist. Berenguer, der letzte Regierungschef des Königs Alfons, war vor kurzem zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt.

Spare mündelsicher Stadt-Sparkasse Nebra z/c.

## RADIO-

Apparate - Lautsprecher, neueste Typen  
Unverbindliche Vorführung — Teiltzahlung  
Bastel- und Zubehörteile enorm billig  
Willy Becker, Rossleben

## Die Geflügel-Börse

Leipzig

die älteste und größte deutsche Geflügel-Zeitung  
mit ihren weiteren Fachgebieten:  
Taubenzucht — Hundezucht — Kanarienvogelzucht — Bogenziehbatterie — Haus-, Hof-, Garten- und Landwirtshaf  
erscheint reich illustriert  
2 mal wöchentlich

Neben ihrer anerkannten Führung auf bei von ihr vertretenen Fachgebieten, bietet sie außerdem durch ihre Unfall- und Sterbegeldversicherung (8000 bzw. 6000 RM. bei Unfall, 75 bzw. 150 RM. bei natürlichem Tode) eine wertvolle Hilfe bei schweren Schicksalsschlägen  
Abonnementspreis pro Monat  
Berichtungs-Ausgabe RM. 1,65  
Allgemeine Ausgabe RM. 1,40  
Probenummern werden auf Wunsch unentgeltlich zugesandt.  
Geschäftsstelle der „Geflügel-Börse“  
Leipzig 174, Berthestr. 5.

## WILH. SAUER ROSSLEBEN BUCHDRUCKEREI

Neuzeitliche  
Drucksachen  
aller Art

für Industrie, Handwerk, Handel  
und Gewerbe  
in ein- und mehrfarbiger  
geschmackvoller Ausführung

### Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Handwerker,



die beim Einkauf von Geschäftsbüchern Wert auf eine preiswerte Ausführung legen, verlangen Bücher der „blauen KE-Serie“. Durch die besondere Art ihrer Herstellung, das zeitgemäße KE-Verfahren, sichert die „blaue KE-Serie“ Vorteile beim Kauf und beim Gebrauch. Die „blaue KE-Serie“ erkennen Sie am blauen Schnitt und an der „blauen KE-Garantiemarke“. Sie erhalten die „blaue KE-Serie“ nur in guten Geschäften des Papier-, Schreibwaren- u. Bürobedarfshandels, bestimmt bei:

WILHELM SAUER  
ROSSLEBEN

Wer leiht jungem, freien  
samen Ehepaar  
250-300 Mark  
auf ein halbes Jahr Sicherheit  
10fach vorhanden. Nähere An-  
gaben in der Geschäftsst. d. Ztg.

Ein Informat  
im  
Nebraer Anzeiger,  
dem Heimatblatt,  
bringt Ihnen Gewinn!

Die Angenehmste Annahme für  
das bekannte Familienblatt  
**Dahheim,**  
das über ganz Deutschland  
und angrenzende Gebiete ver-  
breitet ist, befindet sich in der  
Geschäftsst. d. Ztg. Zeitung.  
Das Substrat hat nur nötig,  
die Stellen-Anzeigen für den  
Personen-Anzeiger des  
Dahheim bei uns abzugeben  
und die Gebühren (ein Auf-  
schlag) zu entrichten.

**Grippe**  
Erkältung, Nervosität, Er-  
regungszustände, Schlaf-  
losigkeit, Darmträgheit,  
Fettleibigkeit, Husten,  
Anfälle, auch Wassersucht,  
Vorgeburt, größte Er-  
folge durch den garant.  
echten wohlgeschmeckenden

„Neris“-Holundersaft  
Große Packung 2,75  
Nebra-Adler-Droge-Gutmuths

Feinsten  
Fleisch- und  
Heringssalat  
das Beste vom Besten wird geboten  
Hugo Mäkeling

## Neujahrs-Glückwunschkarten

mit und ohne Namensaufdruck  
in moderner Ausführung

Wilh. Sauer, Rossleben !!

# Neurader Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheinung wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM 20.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Neuba: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Klammern 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Neuba — Bankverein Artern.

Nr 155

Mittwoch, den 28. Dezember 1932

45. Jahrgang

## Das Handwerk an der Jahreswende

Von  
M. Ludwig.

Präsident der Handwerkskammer zu Berlin.  
Das Bestreben des Handwerks ist darauf gerichtet, der Handwerksämterlichkeit den nötigen Lebensraum im Bereich der Gesamtwirtschaft offen zuhalten. Die Aufgabe ist die Eingliederung des Handwerks in eine berufständliche Wirtschaftsordnung, die auf der Grundlage der Gemeinschaftsarbeit zu erneuern ist.

Die wirtschaftliche Organisation kann nur auf der Grundlage der Privatwirtschaft aufgebaut werden. Der Staat hat sich zu beschränken auf die Führung der Gesamtwirtschaft nach außen hin und auf die Sicherung der Grundlage alles wirtschaftlichen Handelns im Innern. Darüber hinaus muß das wirtschaftliche Handeln frei bleiben.

Daraus folgt u. a. auch, daß Eingriffe staatlicher Stellen in die Preisbildung zu unterbleiben haben. Der Preisstand des Handwerks muß freim nach die Umstände.  
Daß die Betriebe der öffentlichen Hand, soweit sie nicht Gas, Wasser und Elektrizität liefern, eingegliedert werden müssen, hat hier und da schon mehrere Minister zugegeben. Das Handwerk wartet auf ihre Beilegung.

Die Gefängnisarbeit ist eine der schwersten Schädigungen, die dem Handwerk von beherrschender Seite bereitet werden. Schon längst hat man in den Gefängnissen die neuesten Maschinen aufgestellt, um die Gefangenen damit vertraut zu machen. Im Gefängnis zu halle (Seale) ist eine Stempelfabrik eingerichtet worden. Da die Gefängnisarbeit nicht mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet ist, kann sie Preise stellen, mit denen naturgemäß das Handwerk nicht konkurrenz kann.

Die dem Handwerk angeordnete Einschränkung der Gewerbezeit wird in der Öffentlichkeit vielfach falsch beurteilt. Die Schädigung der Handwerker durch die Schwerkraft ist unangehörig. Durch ihre nur teilweise Abstellung werden schon Tausende von Handwerksbetrieben, die der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, Arbeit erhalten, ebenso die Meister, in deren Werkstätten jetzt Grabstätten herrschen. Es wird ein ausdrückliches Verbot gefordert, die Arbeitgeber sollen leistungsfähiger für die den Arbeitnehmer treffende Strafe halten.

Daß die Betriebe für die Sozialfürsorge der Tragfähigkeit der Wirtschaft angepaßt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, die aber nicht beachtet werden wird. Die mittleren und unteren Einkommensschichten, zu denen das Handwerk einen großen Teil stellt, sind mit Steuern und sozialen Lasten weit über ihre Tragfähigkeit hinaus belastet.

Die im Juli 1932 eingeführte Schatzsteuer bringt das Schicksal der Kaufleute, deren Kaufkraft noch nicht auf eine geringe Zahl von Betrieben möglich ist.

Die Beitragslasten für die Berufsvereinigungen sind zu einer Höhe angewachsen, die in keinem Verhältnis mehr zu den Erträgen der Betriebe steht, wobei ins Gewicht fällt, daß die Verteilung der Lasten vielfach nur noch auf eine geringe Zahl von Betrieben möglich ist.  
Es wirkt feldam, daß durch das Sicherungsverfahren für Landwirte der Handwerker keine Rechnungen nicht bezahlt erhält, während es bei ihm zur Zwangsvollstreckung kommt, wenn er Lieferanten schuldet oder Steuern nicht bezahlen kann.

Wir haben in unserer Ausstellung von Lehrplänenarbeiten und Gesellenlizenzen gezeigt, was das Handwerk für die Ausbildung seines Nachwuchses leistet. Diese mühselige Arbeit wird auf die Dauer nicht mehr erfolgreich sein können, wenn der Lehrling zum Tarifvertrag erhoht wird. Das Lehrverhältnis ist nun einmal ein Erziehungs- und kein Arbeitsverhältnis. Richter, welche entgegengelegte Urteile fällen, sind über die Verhältnisse im Handwerk schlecht unterrichtet.

Für Instandsetzung des Althausbestandes, Teilung von Wohnungen und Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen sind bekanntlich 50 Millionen RM zur Verfügung gestellt worden. 80 v. H. der Kosten muß der Hausbesitzer übernehmen. Da der Hausbesitz in den letzten Jahren keine oder nur eine geringe Rente abgeworfen hat, wünscht das Handwerk, das durch die Instandsetzung der Althäuser Arbeit bekommt, die Einbeziehung der Hauszinssteuer in das Steuerguthebenverfahren. Daß die letzten Reste der Zwangswirtschaft im Wohnungsweesen beseitigt werden müssen, ist ein einmütiger Wunsch des Handwerks.

Es bestehen für öffentliche Ausschreibungen besondere Vergütungsstellen, die die Gewohnheit haben, das niedrige Angebot zu wählen. Das Handwerk wünscht, daß nur solche Betriebe berücksichtigt werden, die für die Erfüllung der Verpflichtungen die nötige Sicherheit bieten, und daß der Zuschlag nur auf das Angebot erteilt wird, das als das wirtschaftlichste erachtet.

Die Erhaltung des gemeinschaftlichen Genossenschaftswesens ist für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Nach dem Statistischen Reichsamt hat die große Menge der Genossenschaften, bei denen 26 v. H. der Mitglieder Handwerker waren, eine bemerkenswerte Krisenfestigkeit bewiesen, während die Großbanken vom Staate vielfach unterstützt wurden.

Die Spitzenvertretung des Handwerks hat an den Reichspräsidenten die dringende Bitte gerichtet, für den gewerblichen Mittelstand eine entsprechende Vertretung im Reichsministerium zu schaffen, damit endlich die Fülle

Reichsgültigkeit der behördlichen Stellen gegenüber dem Handwerk der Beachtung würdig macht, die der Berufsstand verdient. Die Erfüllung oder Nichterfüllung dieser Bitte wird einen Maßstab abgeben für die Einschätzung der Bedeutung dieser wichtigen Schicht, die den Puffer zwischen Großkapital und Arbeitnehmerstaat bildet.

## Kommende Kampflage

Reichstag schon am 11. Januar?

Berlin, 28. Dezember.

Die Frage, wie die Aussichten für die Januar-Tagung des Reichstages liegen, bildet das hauptsächlichste politische Thema. Auf der Tagesordnung für die Sitzung des Reichstags am 4. Januar, nachmittags 4 Uhr, steht lediglich in Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstagsplenums. Es verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß jetzt auch die Nationalsozialisten den Wunsch äußern, den Reichstag früher folgen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien, nachdem die Reichsregierung erklärt hatte, sie könne vor Mitte Januar die gemäßigten Ausläufer über die Fragestellung des Reichstages und über den Etat für 1933 dem Haushaltsausschuß des Reichstages nicht geben.

Die Termin für den Wiedereröffnungstermin des Reichstages nannte man in parlamentarischen Kreisen Mittwoch, den 11. Januar. Es heißt auch, daß die Reichsregierung einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, wobei hervorgehoben wird, daß es um 10 better sei, je schneller eine Klärung der politischen Haltung des Reichstages gegenüber dem Kabinett von Schleiher erfolge.

Man kann damit rechnen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, die politische Aussprache im Reichstagsplenum mit anschließender Abstimmung über die Abstimmungsvoeten sofort bei Wiedereröffnung der Plenarsitzung aufzuführen zu lassen. Für das Weiterbestehen des Reichstages in seiner jetzigen Zusammensetzung dürfte dabei maßgebend sein, ob die Nationalsozialisten durch positive Zustimmung zu den Ministervorschlägen die Mehrheit gegen Schleiher schon in der Januar-Tagung ermöglichen, oder ob sie es sich angebracht halten, sich zunächst der Stimme zu enthalten bzw. sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

## Erschwerte Einfuhr

Einfuhrbewilligungen für Schweinefleisch und Papierholz.

Berlin, 28. Dezember.

Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsministers wird ab 1. Januar 1933 die Einfuhr von Schweinefleisch und Papierholz unter Einfuhrbewilligung gestellt. Einfuhrbewilligungen erteilt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung. Für Schweinefleisch gilt das Bewilligungsverfahren, das einer übertriebenen Vorsicht entgegen wirken soll, nur bis zum 15. Februar 1933 dem Tage des Inkrafttretens der vertraglichen Bindung des Schweinefleischzollens.

Bei der Stellung der Anträge auf erteilung einer Einfuhrbewilligung ist folgendes zu beachten:

1. Schmalz: Die antragstellenden Firmen müssen den Nachweis erbringen, welche Mengen Schmalz sie in der Zeit vom 1. 1. bis 15. 2. 1932 eingeführt haben. Zweckmäßigerweise wird dieser Nachweis durch Vorlage der Zollquittungen erbracht werden.
2. Für Papierholz: Bei der Stellung des Antrages ist nachzuweisen, daß der Antragsteller das einzuführende Papierholz selbst verarbeiten will, daß er bereits im Jahre 1932 ausländisches Papierholz verarbeitet hat, und daß er zur Aufrechterhaltung seines Betriebes nachweislich auch in Zukunft auf bestimmte Mengen ausländisches Papierholzes angewiesen ist.

Die Einfuhrregelung für Papierholz soll den Abzug des deutschen Papierholzes sicherstellen; andererseits wird das Bewilligungsverfahren so gehandhabt werden, daß den Papierholz verarbeitenden Industrien, soweit sie auf den Bezug ausländischen Papierholzes wirklich angewiesen sind, die Befriedigung ihres Einlagebedarfes ermöglicht wird.

## Holland wünscht Verhandlungen

Abzug des deutsch-holländischen Handelsvertrages am 31. Dezember.

Haag, 27. Dezember.

Wie halbamtlich verlautet, hat die niederländische Regierung der deutschen Regierung den Vorschlag unterbreitet, möglichst umgehend in Verhandlungen über den Abbruch eines neuen Vertrages einzutreten, der an die Stelle der am 31. Dezember dieses Jahres ablaufenden Zollbestimmungen des deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrages von 1925 treten soll.

Die deutsche Regierung hat hierauf eine zukunftsweisende Antwort erteilt und mitgeteilt, daß solche Verhandlungen bereits am 1. Januar beginnen könnten. Eine gleichzeitig von der niederländischen Regierung ausgegangene Anregung, während der Dauer der Verhandlungen die bisher bestehenden Zollvereinbarungen provisorisch fortzusetzen zu lassen, ist jedoch von der deutschen Regierung

mit der Begründung abgelehnt worden, daß hiergegen auf deutscher Seite starke Bedenken beständen. Infolgedessen werden am 1. Januar für eine größere Anzahl holländischer Produkte in Deutschland höhere Einfuhrzölle in Kraft treten.

## Einfuhrdrohung für Rundholz und Schmalz

Berlin, 27. Dezember.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht unter dem 24. Dezember eine vom Reichsernährungsminister und vom Reichswirtschaftsminister unterzeichnete Verordnung, wonach mit Wirkung vom 1. Januar 1933 die Einfuhr von Rundholz und von Schmalz von Schweinen nur mit Bewilligung gestattet ist.

Ab 16. Februar 1933 wird Schweinefleisch in dem Bereich für Waren, deren Einfuhr nur mit Bewilligung gestattet ist, wieder getrichen.

## Preiszusammenbruch am Buttermarkt.

Wegen des Bringens in- und ausländischer Butterangebots mußte die Butternotierung am 24. Dezember um 10 RM pro 50 Kg. heruntergesetzt werden. Eine Preislenkung wäre auf Grund der mäßigen Absatzverhältnisse schon früher notwendig gewesen, man hatte aber, in der Hoffnung auf eine Geschäftsbelebung vor den Feiertagen, davon abgesehen. Nachdem sich jetzt aber das Feiertagsgeschäft außerordentlich enttäuschend gestaltet hat, und vor allem ein sehr harter Preisdruck durch das Angebot von Auslandsbutter ausgeübt wird, war die Preislenkung nicht mehr zu vermeiden.

## Sperre für Einheitspreisgeschäfte

Auf alle Städte ausgedehnt.

Berlin, 27. Dezember.

In der nächsten Nummer des Reichsanzeigers wird eine Verordnung veröffentlicht, die unter Abänderung der Bestimmungen des Dritten Teiles der Notverordnung vom 9. März, 1932 die Liefer nur für Städte mit weniger als 100 000 Einwohnern geltende Sperre der Errichtung von Einheitspreisgeschäften auf alle Städte ausdehnt. Damit gilt in Deutschland das Verbot der Errichtung von Einheitspreisgeschäften ohne räumliche Einschränkung bis 1. April 1934.

Zur Ausdehnung der Sperre hat die Feststellung geführt, daß seit Erlass der Notverordnung vom 9. März 1932 in den von der dort angeordneten Sperre nicht betroffenen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sich die Klagen des gewerblichen Mittelstandes über den Wettbewerb der Einheitspreisgeschäfte erheblich vermehrt haben. Diese Klagen haben auch dazu geführt, daß von der großen Mehrheit der Regierung der Länder eine Ausdehnung der Sperre für Einheitspreisgeschäfte schlichtschin als vorbringt bezeichnet worden ist.

## Keine politischen Gründe

Die Parteipolitikerungen in der Schloßverwaltung.

28. Dezember.

Nachdem über die wahlung berichtet sich einzig und allein richtig, wüßten des Staats- und die Maßnahme, die Handlung der Mittel- unter die Ober- stützen sich feines- sozialdemokratische Beamte abgeant, angehören, ebenso bestehen, daß die be- gung von drei Ab- Beamten erhalten gangsgebühren. en den fürzlich hat in einer Ver- schiff, noch vor den schommislar für für Richter, zur

h an diese Be- zellen, den Pro- rektor und den Defen der juristischen Fakultät nach Berlin gebeten, um ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit kennen zu lernen. Diese Besprechung wird voraussichtlich noch in den Universitäts-Weihnachtsferien, und zwar in der ersten Januarwoche, stattfinden.

## Schiedsstelle für Beamten

Unterbringung der für einseitig erklärten Beamten.

Berlin, 28. Dezember.

Auf Grund der Verordnung vom 1. August wurden der Präsident der preussischen Bau- und Finanzdirektion

h an diese Be- zellen, den Pro- rektor und den Defen der juristischen Fakultät nach Berlin gebeten, um ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit kennen zu lernen. Diese Besprechung wird voraussichtlich noch in den Universitäts-Weihnachtsferien, und zwar in der ersten Januarwoche, stattfinden.

Schiedsstelle für Beamten  
Unterbringung der für einseitig erklärten Beamten.  
Berlin, 28. Dezember.  
Auf Grund der Verordnung vom 1. August wurden der Präsident der preussischen Bau- und Finanzdirektion

